

## Plädoyer für ein **BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN**

1. **Wie reich ist Deutschland?**
  - i. Reichtum in Zahlen
  - ii. Geldfluss-Schema für Deutschland
2. **Verteilung des Reichtums**
  - i. Vermögensverteilung
  - ii. Einkommensverteilung
3. **Armut in Deutschland**
  - i. Definition von Armut
  - ii. Armut steigt trotz Wirtschaftswachstum
  - iii. Armut steigt trotz sinkender Arbeitslosigkeit
  - iv. Dem Jobcenter ausgeliefert
4. **Einkommen und Arbeit**
  - i. Einkommen ohne Arbeit - Vermögenseinkommen
  - ii. Einkommen durch Arbeit - Erwerbseinkommen
  - iii. Arbeit, aber kein/kaum Einkommen – working poor
  - iv. Einkommen durch soziale Transferleistungen
5. **Die „Soziale Hängematte“**
  - i. Berühmte Zitate unserer Volksvertreter
  - ii. Wir wollen Volksvertreter mit sozialem Anstand
6. **Wohlstand für Alle?!**
  - i. Viele Verlierer, wenige Gewinner
  - ii. Der alte Traum ist möglich
7. **Bedingungsloses Grundeinkommen**
  - i. Notwendige Kriterien für ein BGE
  - ii. Geschätzte Kosten des BGE
  - iii. Dabei gewinnen Alle – Was ein BGE bewirken würde
  - iv. Oft genannte Vorbehalte und Antworten
  - v. Fazit
8. **Finanzierung des BGE**
  - i. Faire Beteiligung hoher Einkommen
  - ii. Faire Beteiligung hoher Vermögen
  - iii. Bekämpfung von Steuerhinterziehung und –vermeidung
  - iv. Finanztransaktionssteuer – Steuer gegen Armut
  - v. BGE-Abgabe auf alle Einkommen
9. **Warum gibt es noch kein BGE**
  - i. Initiativen in Deutschland
  - ii. Europäische Initiativen
  - iii. Internationale Initiativen
  - iv. Das Paradoxon der Demokratie
  - v. Schwachstelle „Volksvertreter“
10. **Wie jeder dafür streiten kann**
  - i. Unterstützung bestehender Initiativen
  - ii. Verbreiten der Idee im Bekanntenkreis
  - iii. Abgeordnete vor Ort ansprechen!

## Reichtum in Zahlen

Zunächst: Deutschland hat gut 80 Millionen Einwohner<sup>1</sup> und das Jahr 12 Monate.  
Deshalb bedeutet in Deutschland

**1 Milliarde € pro Jahr**    **1 € pro Einwohner\* und Monat.**



Die Wirtschaftskraft eines Landes wird gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Deutschlands **BIP** betrug 2015 zirka **3.000 Milliarden Euro**.<sup>1</sup> Also **für jeden Bundesbürger** zirka **3.000 Euro pro Monat** – wäre es gleich verteilt.

Die öffentlichen Gesamteinnahmen (Bund + Länder + Kommunen + Sozialversicherung) betragen 2015 etwa 1.300 Milliarden Euro.<sup>1</sup> Die Staatsschulden betragen Ende 2015 etwa 2.150 Milliarden.<sup>2</sup>

Das Volksvermögen ist das gesamte Sach- und Bar-Vermögen aller Unternehmen einer Volkswirtschaft. Das Volksvermögen betrug 2011 ca. 13.000 Milliarden Euro.<sup>3</sup>

Das Privatvermögen ist das entsprechende Vermögen aller Privatpersonen. Es betrug 2011 etwa 10.000 Milliarden Euro.<sup>3</sup>

Die Sozialausgaben 2014 betragen geschätzt 850 Milliarden Euro.<sup>4</sup>

\* Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit überwiegend die männliche Form verwendet.

<sup>1</sup> Statistisches Bundesamt. [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

<sup>2</sup> Portal zur öffentlichen Haushalts- und Finanzwirtschaft. [www.haushaltssteuerung.de](http://www.haushaltssteuerung.de)

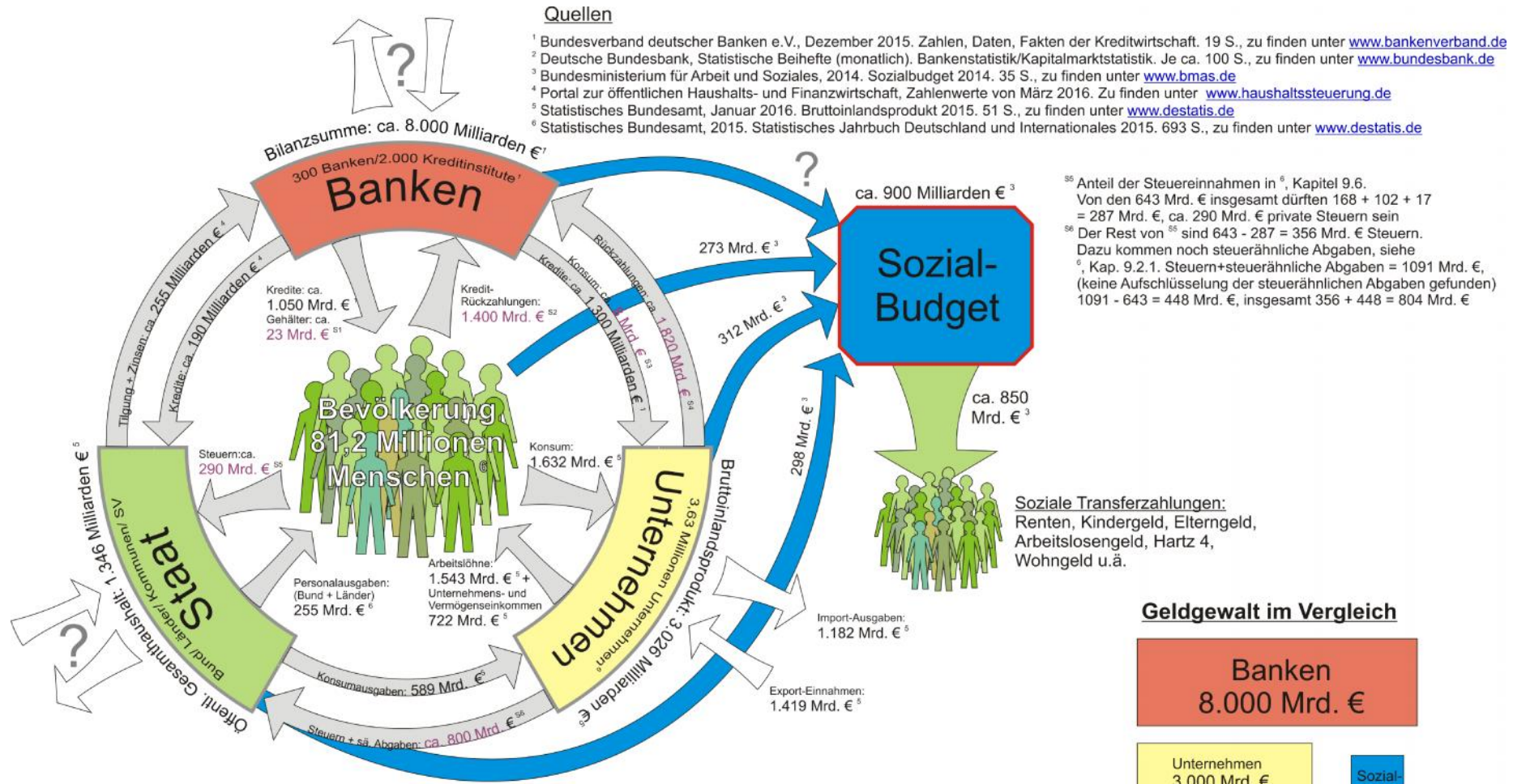
<sup>3</sup> Vierter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (März 2013). [www.armuts-und-reichtumsbericht.de](http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de)

<sup>4</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2014. Sozialbudget 2014. [www.bmas.de](http://www.bmas.de)

# Genug für Alle

# Wie reich ist Deutschland?

## Geldfluss-Schema für Deutschland



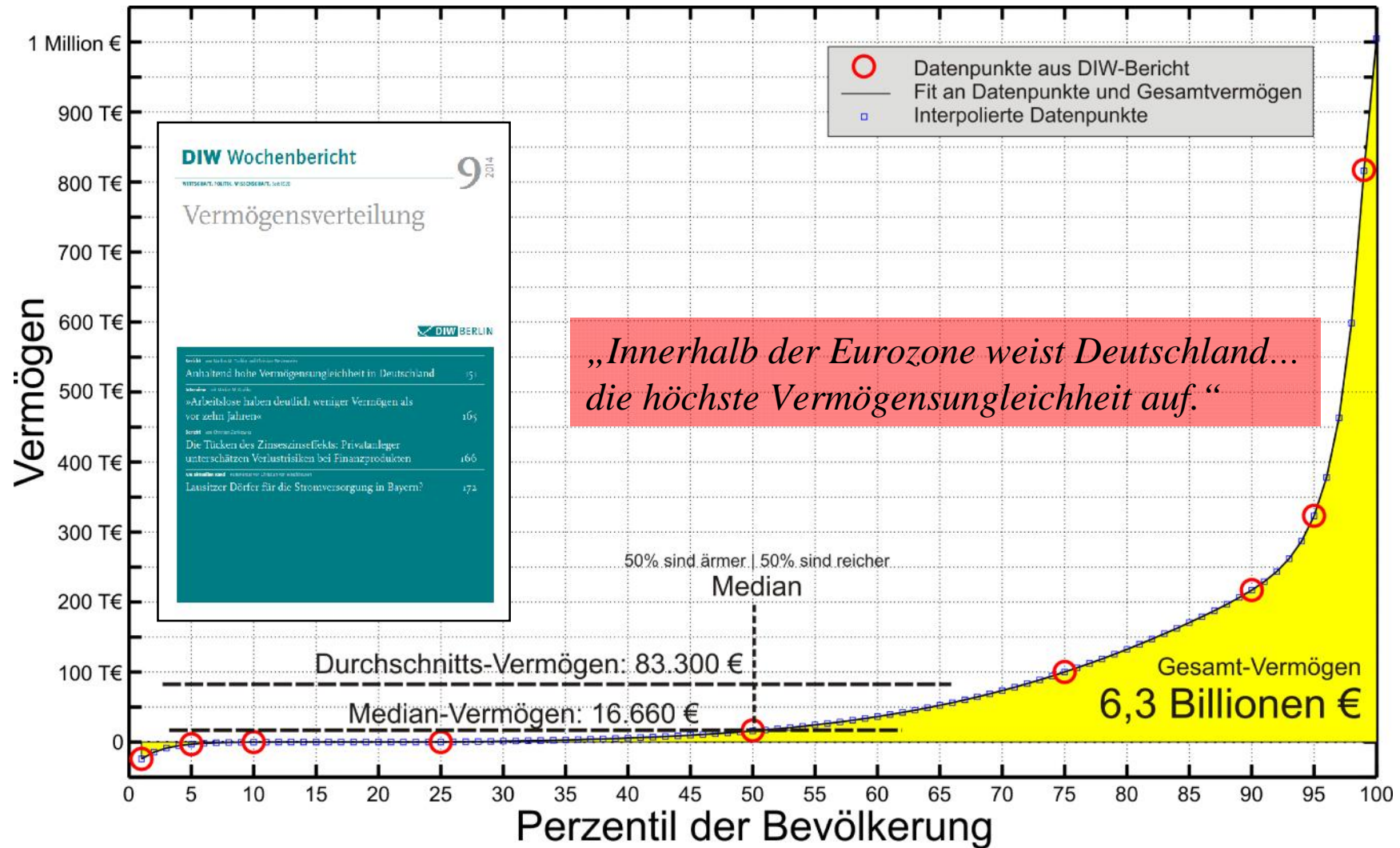
### Schätzungen

<sup>51</sup> Laut <sup>1</sup> gibt es 640.000 Beschäftigte im Bank- und Kreditwesen, 3.000 € brutto/Monat als Annahme ergeben ca. 23 Mrd. € als Gehälter  
<sup>52</sup> Rückzahlungen + Zins + Zinseszins erreichen oft das 1,2-2 fache der geliehenen Summe. Annahme von Faktor 1,4 ergibt ca. 1400 Mrd. €  
<sup>53</sup> Annahme von 1.000 €/Monat an Extra-Ausgaben für Ausstattung und Infrastruktur jedes der 640.000 Beschäftigten<sup>1</sup> ergibt ca. 8 Mrd. €  
<sup>54</sup> Analog zu <sup>52</sup> Annahme eines Rückzahlungs-Faktors von 1,4. Das ergibt einen jährlichen Geldstrom von 1.820 Mrd. €

<sup>55</sup> Anteil der Steuereinnahmen in <sup>6</sup>, Kapitel 9.6.  
 Von den 643 Mrd. € insgesamt dürften 168 + 102 + 17 = 287 Mrd. €, ca. 290 Mrd. € private Steuern sein  
<sup>56</sup> Der Rest von <sup>55</sup> sind 643 - 287 = 356 Mrd. € Steuern. Dazu kommen noch steuerähnliche Abgaben, siehe <sup>6</sup>, Kap. 9.2.1. Steuern+steuerähnliche Abgaben = 1091 Mrd. €, (keine Aufschlüsselung der steuerähnlichen Abgaben gefunden) 1091 - 643 = 448 Mrd. €, insgesamt 356 + 448 = 804 Mrd. €

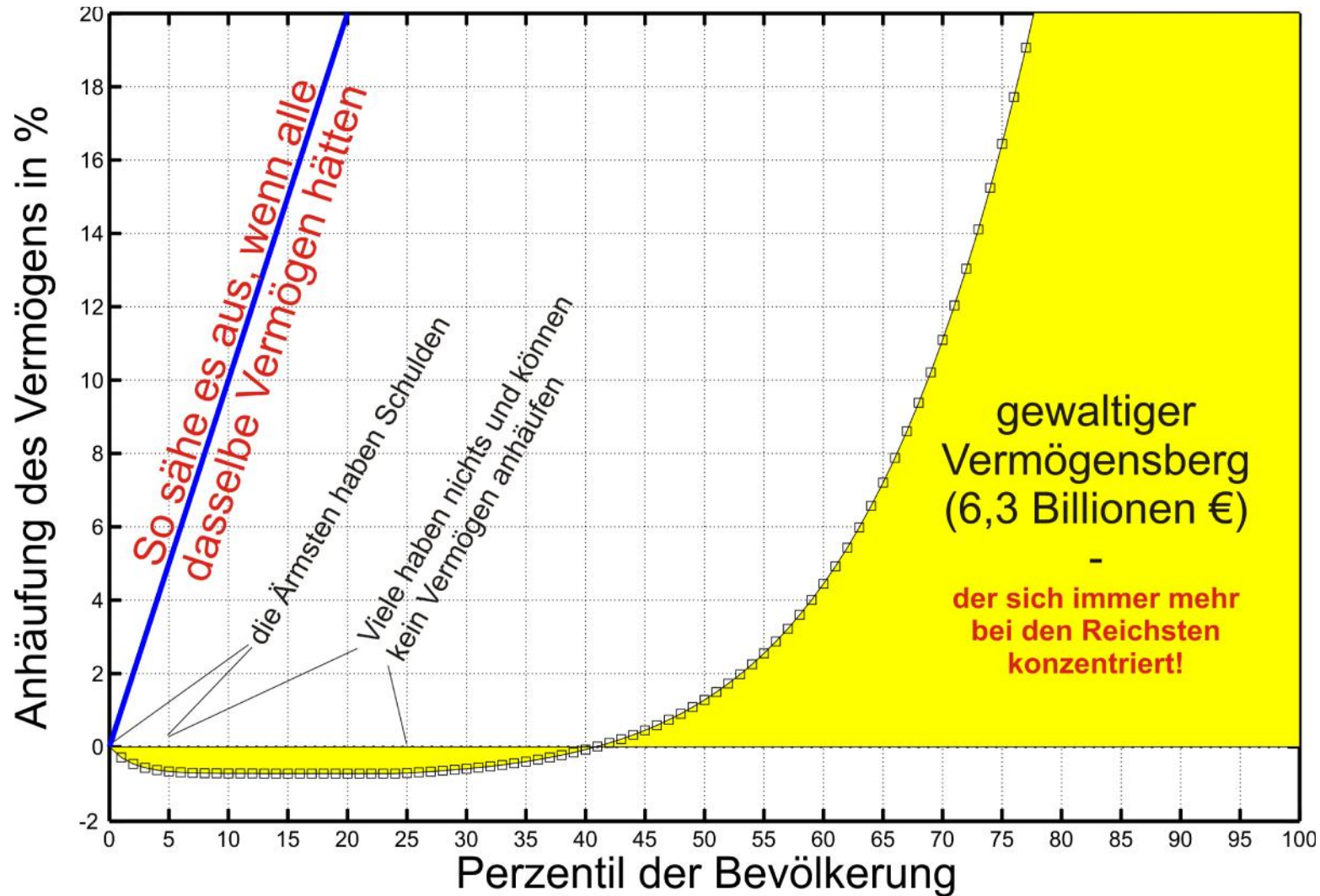
Soziale Transferzahlungen:  
 Renten, Kindergeld, Elterngeld,  
 Arbeitslosengeld, Hartz 4,  
 Wohngeld u.ä.

## Vermögensverteilung (Nettovermögen = Sachwerte + Geld - Schulden)

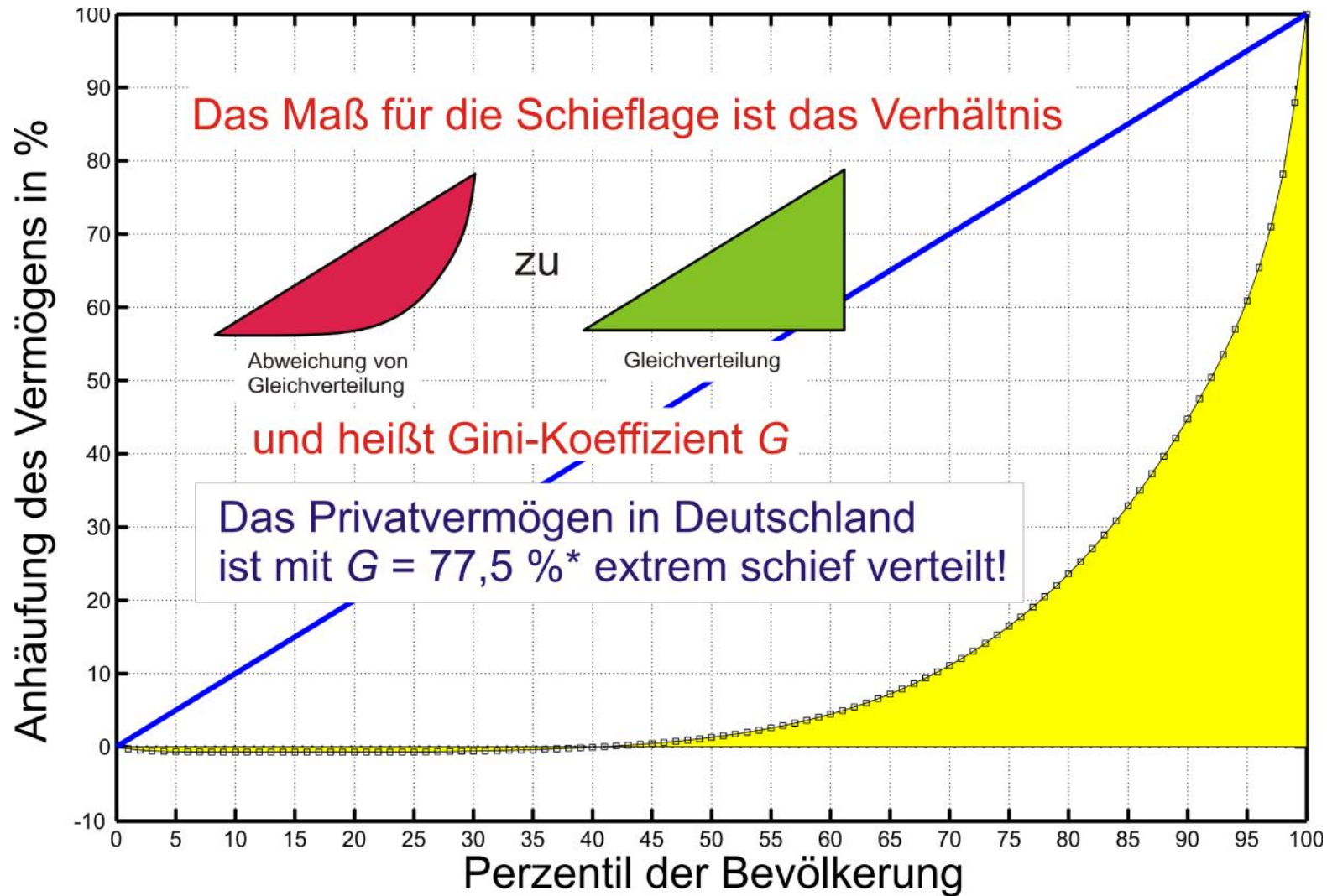


Quelle: DIW Wochenbericht 9/2014, S.151-164. Zu finden unter [www.diw.de](http://www.diw.de)

Wenn Alle ihr Vermögen auf einen Haufen legten, beginnend mit den Ärmsten...

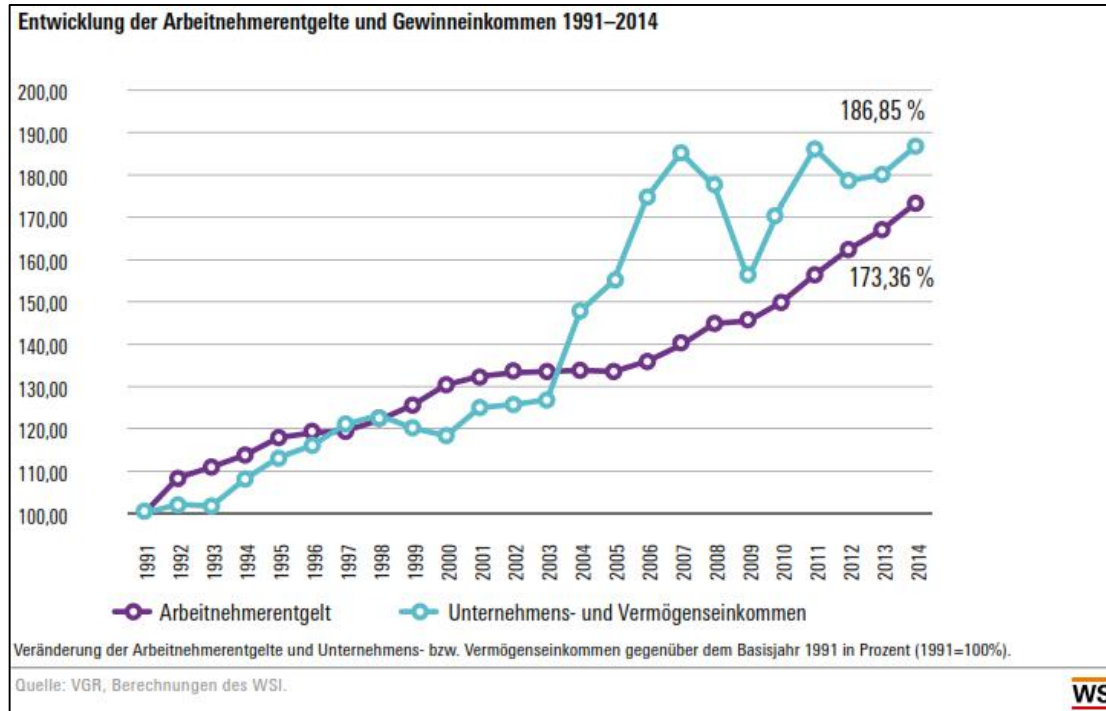


Das ganze Bild...



\* Credit Suisse, Research Institute, Oktober 2015. Global Wealth Databook 2015. 158 Seiten. [www.credit-suisse.com](http://www.credit-suisse.com)

## Einkommensverteilung



**WSI**  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut  
Das WSI ist ein Institut der Hans-Boeckler-Stiftung

**REPORT**

Nr.26 - WSI-Report

**TROTZ AUFSCHWUNG:  
EINKOMMENSUNGLEICHHEIT  
GEHT NICHT ZURÜCK**

WSI-Verteilungsbericht 2015  
Dorothee Spannagel

**AUF EINEN BLICK**

Der diesjährige Verteilungsbericht des WSI präsentiert die wichtigsten Daten zur gesamtwirtschaftlichen Lage, zur funktionalen Einkommensverteilung wie auch zu den verfügbaren Haushaltseinkommen. Außerdem wird auf die aktuelle Diskussion um das Konzept der Einkommensarmut und die Messung von Spitzenreichtum eingegangen. Die Daten belegen die aktuell gute konjunkturelle Entwicklung. Diese schlägt sich unter anderem in einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und erfreulichen Reallohnrückwärtigen nieder. Allerdings ist bei der Ungleichheit der Verteilung der Haushaltseinkommen keine Besserung festzustellen. Tatsächlich ist diese zuletzt sogar leicht angestiegen. Auch die Armutsquote ist trotz des konjunkturellen Aufschwungs nicht rückläufig. Hier zeigt sich, dass keineswegs alle Haushalte vom derzeitigen Aufschwung profitieren können. Zudem hat sich seit den 1990er Jahren die Einkommensverteilung deutlich verfestigt. Die Aufstiegschancen der Einkommensarmen haben stark abgenommen. Diese Entwicklungen müssen durch eine stärkere Umverteilung beendet werden. Die hierzu notwendigen Reformen betreffen insbesondere die Wiederentlastung der Vermögenssteuer, die Erhöhung der Erbschaftsteuer und die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns.

**Nur etwa 70% des Einkommens werden durch Arbeit erworben! 30 % basieren auf Vermögen (Zinsen, Spekulationen etc.) oder Unternehmensbesitz. Der Gini-Koeffizient (siehe letzte Folie) beträgt  $G=0,3$ .**

*„Personen, die über solche [= hohe und sehr hohe] Einkommen verfügen, sind in Umfragen generell schwer repräsentativ zu erfassen. Damit wird auch das Ausmaß der Ungleichheit tendenziell untererfasst... Wir wissen bis heute kaum etwas darüber, wie die Spitze des Einkommens- und Vermögensreichtums aussieht, an der sich sehr große ökonomische, soziale, aber auch politische Macht konzentriert.“<sup>1</sup>*

<sup>1</sup> Dorothee Spannagel, 2015. Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück. WSI-Verteilungsbericht 2015. 16 Seiten. Zu finden unter [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)



*„Deutschland ist das viertreichste Land auf dieser Erde. Nie war in unserem Land der private Reichtum so groß wie heute. Deutschland hat alle Möglichkeiten und es politisch selbst in der Hand, Armut zu beseitigen.“*

*„Die Armut in Deutschland hat mit einer Armutsquote von 15,5 Prozent ein neues Rekordhoch erreicht und umfasst 12,5 Millionen Menschen.“*



## Definition von Armut\*

Arm zu sein heißt, dauerhaft jeden Monat von einem Einkommen leben zu müssen, welches unterhalb der so genannten Armutsgefährdungsschwelle liegt.

Europaweit bewährt hat sich die Definition, dass die Armutsgefährdungsschwelle bei 60 Prozent des Median-Einkommens in einem Land liegt.

Wird die Bevölkerung nach Einkommen geordnet, ist das Median-Einkommen dasjenige des Menschen in der Mitte. Die eine Hälfte der Bevölkerung hat weniger, die andere hat mehr. Wegen der extremen Ungleichverteilung unterscheidet sich das Median-Einkommen stark vom Durchschnitts-Einkommen.

In Deutschland lag 2013 die **Armutsgefährdungsschwelle bei 892 Euro**.



Wohnen im grauen Ghetto, weil man sich nichts anderes leisten kann



Ein Mal pro Woche: gespendetes (weil unverkäufliches) Essen wird an einer Tafel verteilt



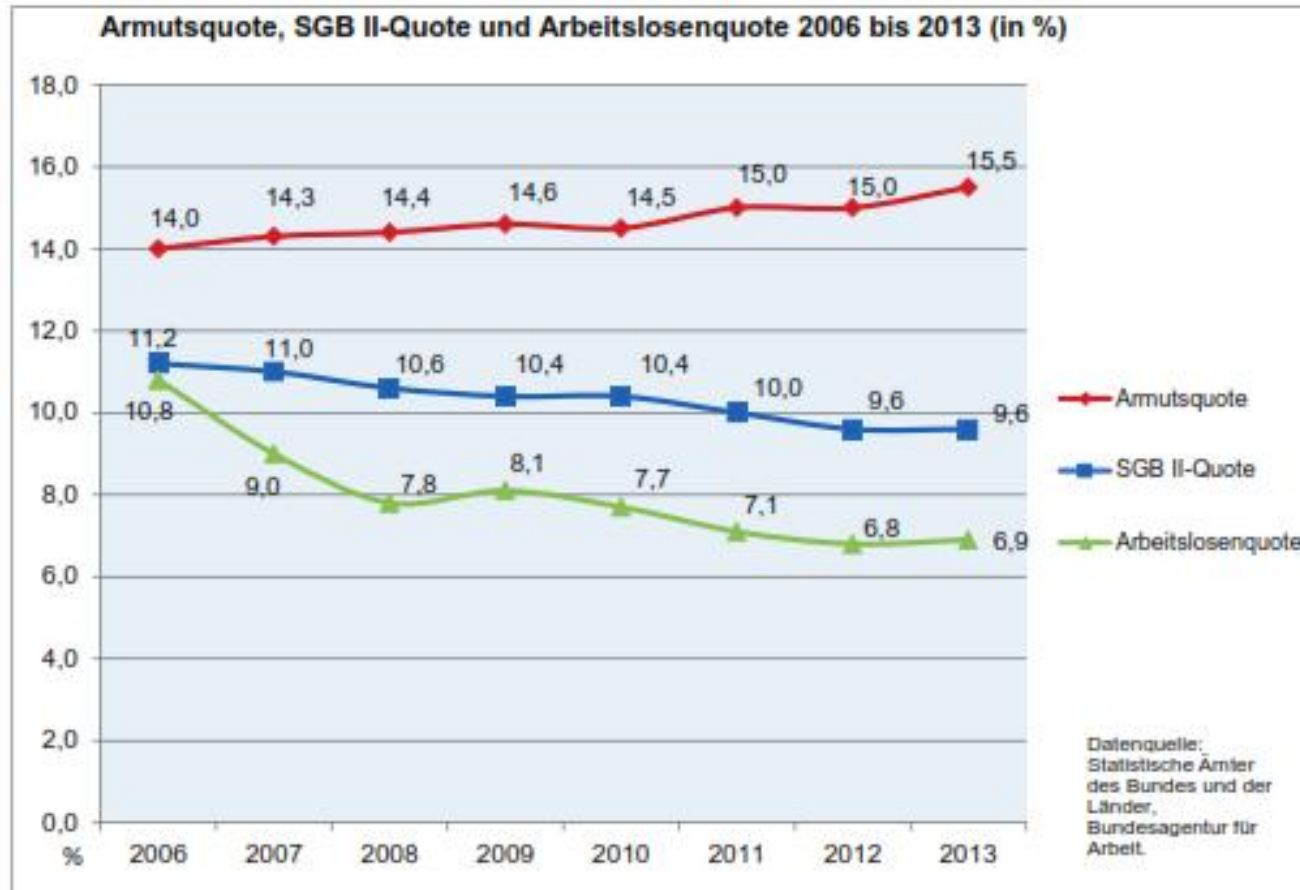
Leere Flaschen im Müll suchen, weil selbst das bisschen Pfand weiter hilft

\* Siehe Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Gesamtverband, S. 2, Methodische Anmerkungen

**Armut steigt trotz Wirtschaftswachstum!**

Siehe Armutsbericht des Paritätischen, S. 4,

*„Wo das Volkseinkommen... stetig zunimmt, die Arbeitslosenquote sinkt, zugleich jedoch die Einkommensarmut wächst und die Langzeitarbeitslosigkeit auf hohem Niveau verbleibt, haben wir es weniger – oder auch gar nicht – mit wirtschaftlichen, sondern vor allem mit politischen Problemen in Form von wirtschafts-, arbeitsmarkt- und verteilungspolitischen Unterlassungen zu tun.“*

**Armut steigt trotz sinkender „Arbeitslosigkeit“!**

Siehe Armutsbericht des Paritätischen, S. 5,

*„Es gibt derzeit keinerlei Anzeichen dafür, dass dieser Trend stoppen, sich umkehren, oder auch nur verlangsamen könnte. Statt dessen sprechen einige statistische Anhaltspunkte dafür, dass er sich weiter beschleunigen dürfte.“*

## Dem Jobcenter ausgeliefert

Aus einer bundesweiten Umfrage in 110 Beratungsstellen<sup>1</sup>:

*„Beratende sind nur zum Teil fachlich für ihre Aufgaben ausgebildet. Es gibt kaum eine persönliche Erreichbarkeit... für die Leistungsberechtigten... Rückrufe erfolgen selten und unzuverlässig... Die langen Wartezeiten können auch für Schwangere, chronisch Kranke oder Alleinerziehende in Begleitung von Kindern nicht abgekürzt werden. Als großes Problem gilt, dass die Bescheide weder für die Leistungsberechtigten verständlich sind, noch durch Beratungsstellen ohne größeren Aufwand nachvollzogen werden können... Sanktionen werden ohne Rücksicht auf die persönliche Situation der Betroffenen verhängt. Die Tatsache, dass etliche Menschen aufgrund sprachlicher Schwierigkeiten den Schriftwechsel mit dem Jobcenter nicht nachvollziehen können, wird ignoriert. An vielen Orten gehen die Jobcenter bei Sanktionen rigide vor und bieten nicht einmal Lebensmittelgutscheine. Das im SGB II in Regelsätzen festgelegte Existenzminimum wird bei der Leistungsgewährung regelmäßig unterschritten.“*

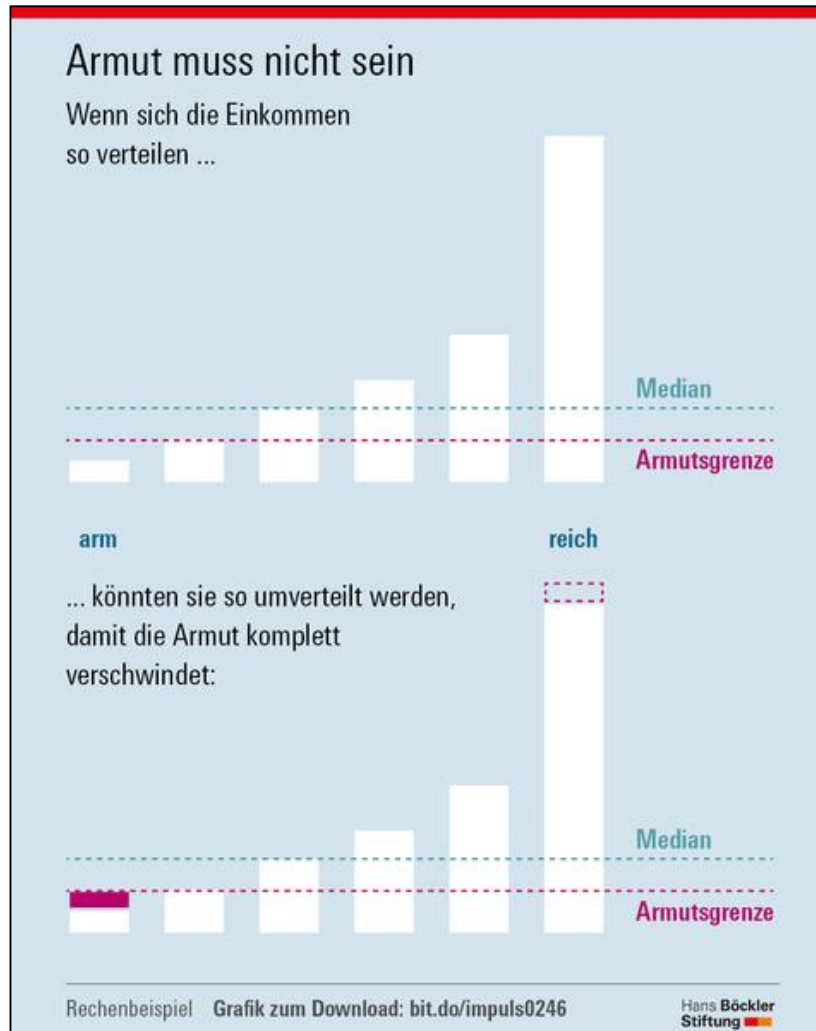
Und ebenda speziell zu den berüchtigten Sanktionen:

*„ Auffallende Personen werden zügig sanktioniert. Für die Betroffenen ist...oft unklar, welches Verhalten zu Sanktionen führt. Vorwarnungen fehlen meist genauso wie nachträgliche schriftliche Erklärungen... Sanktionen scheinen... sehr stark an persönliche Voraussetzungen sowohl bei Sanktionierten wie Sachbearbeitenden gebunden zu sein. In vielen Fällen sind sie unverhältnismäßig und gehen über die gesetzlichen Vorgaben hinaus.“*

*„Wir erleben deutlich mehr Sanktionen, auch rechtswidrige. Ein Klient zum Beispiel weigerte sich, sich psychiatrisch begutachten zu lassen. Sanktion: Leistungen wurden komplett eingestellt, obwohl dies die erste Pflichtverletzung war.“*

<sup>1</sup> Diakonie-Texte, Positionspapier 05.2012: Rechtssicherheit und Fairness bei Grundsicherung nötig. Diakonie-Umfrage ergibt: SGB-II-Rechtsansprüche regelmäßig nicht umgesetzt.

## Zwischenfazit



Deutschland ist ein reiches Land!

Allerdings sind Vermögen und Einkommen sehr ungleich verteilt.

So ungleich, dass 12,5 Millionen Menschen in Deutschland von Armut bedroht sind – Tendenz steigend.

**Dabei wäre es ein Leichtes, diese Armut vollständig zu eliminieren!**

Grafik aus:

Böckler-Impuls 2/2016. Was Armut bedeutet. 2 S. Zu finden unter [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

## Einkommen ohne Arbeit - Vermögenseinkommen

Dreißig Prozent des Einkommens in Deutschland stammen aus Kapitalerträgen und Unternehmensbeteiligungen<sup>1</sup>. Legale Beispiele dafür sind u.a. Lottogewinne, Vermögenszinsen, Börsenspekulation, Erbschaft, Miet- oder Pacht-Einnahmen. Für diese teils astronomisch hohen Einkommen wird keinerlei Gegenleistung erbracht. Mit ehrlicher Arbeit hat das nichts zu tun. Auch offen krimineller Gelderwerb wie Steuerhinterziehung, Geldwäsche, Drogenhandel, Erpressung etc. führt zu Einkommen ohne Arbeit.

Vor allem lebt aber ein Großteil der Bevölkerung von sozialen Transferleistungen. Diese zählen z. B. bei Kindern, Rentnern, Kranken, und Erwerbsarbeitslosen als Einkommen.



<sup>1</sup> Dorothee Spannagel, 2015. Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück. WSI-Verteilungsbericht 2015. 16 13 Seiten. Zu finden unter [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

## Einkommen durch Arbeit - Erwerbseinkommen

In Deutschland leben etwa 81,2 Millionen Menschen<sup>1</sup>. Natürlich sind nicht alle davon in der Lage, ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit zu sichern.

Im Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit vom März 2016 findet man folgendes<sup>2</sup>:

Im Februar 2016 gelten 44,1 Millionen Menschen in Deutschland als „zivile Erwerbspersonen“.

Im Januar 2016 gab es 42,96 Millionen Erwerbstätige, davon 31,18 Mio. sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Im Dezember 2015 waren 4,82 Millionen ausschließlich geringfügig beschäftigt. Im Februar 2016 gab es rund 5,2 Millionen erwerbsfähige Transferempfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld 2 (= Hartz 4).

Im Februar 2016 waren der Arbeitsagentur 614.000 freie Stellen gemeldet. Dem gegenüber standen 2,91 Millionen Erwerbsarbeitslose, was 6,6% aller „zivilen Erwerbspersonen“ entsprach. Folglich gab es insgesamt die oben erwähnten 44,1 Millionen „zivilen Erwerbspersonen“. Realistischer als die Zahl der Erwerbsarbeitslosen ist jedoch die Zahl der „Unterbeschäftigten“, die auch Erwerbsarbeitslose in Umschulungen etc. erfasst, welche sonst nicht mit eingerechnet sind. Im Februar 2016 gab es 3,71 Millionen Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeit).

**Auf jede offene Stelle kamen also 6 Unterbeschäftigte!**

→ Millionen Hartz 4-Empfängern Faulheit zu unterstellen, grenzt an Dummheit. Der entwürdigende Umgang mit ihnen in den Jobcentern ist grotesk und böswillig und gehört sofort abgeschafft!

<sup>1</sup> Stand Januar 2015, Wert vom Portal zur öffentlichen Haushalts- und Finanzwirtschaft, [www.haushaltssteuerung.de](http://www.haushaltssteuerung.de)

<sup>2</sup> Bundesagentur für Arbeit. Amtliche Nachrichten der BA für Arbeit (ANBA) März 2016. 221 S., [www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)

## Arbeit, aber kein/kaum Einkommen – working poor

Jeder, der eigene Kinder hat, weiß, wie unglaublich anstrengend und kräftezehrend deren nimmermüde Betreuung und Erziehung gerade in den ersten Lebensjahren ist.

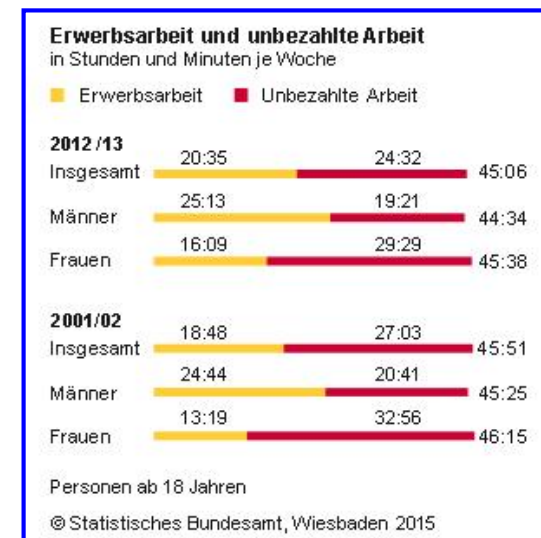
Meistens sind es die Väter, die sich diesem Dauerstress entziehen und auf der „Arbeit“ regenerieren können. Die Mütter, die dann jahrelang höchstens eingeschränkt einer Erwerbsarbeit nachgehen können, werden dagegen **mehrfach bestraft**: i) kein eigenes Einkommen in dieser Zeit, ii) fehlende Berufserfahrung und entsprechend geringere Wiedereinstellungschancen nach Jahren „Pause“, iii) Verspottung als „Hausfrau“ oder „Heimchen am Herd“, iv) schlechtere Karriere-Aussichten mit entsprechenden Gehaltseinbußen, v) deutlich geringere Rente im Alter wegen der fehlenden „Arbeits“-Jahre. Ist das nicht ziemlich unfair?

**Gibt es überhaupt einen wichtigeren Beitrag für die Gesellschaft, als die liebevolle und vernünftige Erziehung der eigenen Kinder?**

Ebenfalls wichtig und schätzenswert ist die Pflege von Angehörigen, sei es aus Altersgründen oder Handicaps.

Der Erhalt von Ordnung und Sauberkeit, im eigenen Heim wie außerhalb, macht unsere Welt nicht nur schöner und aufgeräumter, sondern schützt letztlich vor Krankheiten. Alle diese Arbeiten sind Care-Arbeiten, die überwiegend von Frauen geleistet werden, entweder unbezahlt oder zu gering entlohnt. Auch die entsprechende Anerkennung fehlt.

Gemeinnütziges Engagement für Sportangebote, soziale Projekte, Umweltschutz, politische Verbesserungen – nur ein weiteres Beispiel für wichtige, aber nicht bezahlte Arbeit.

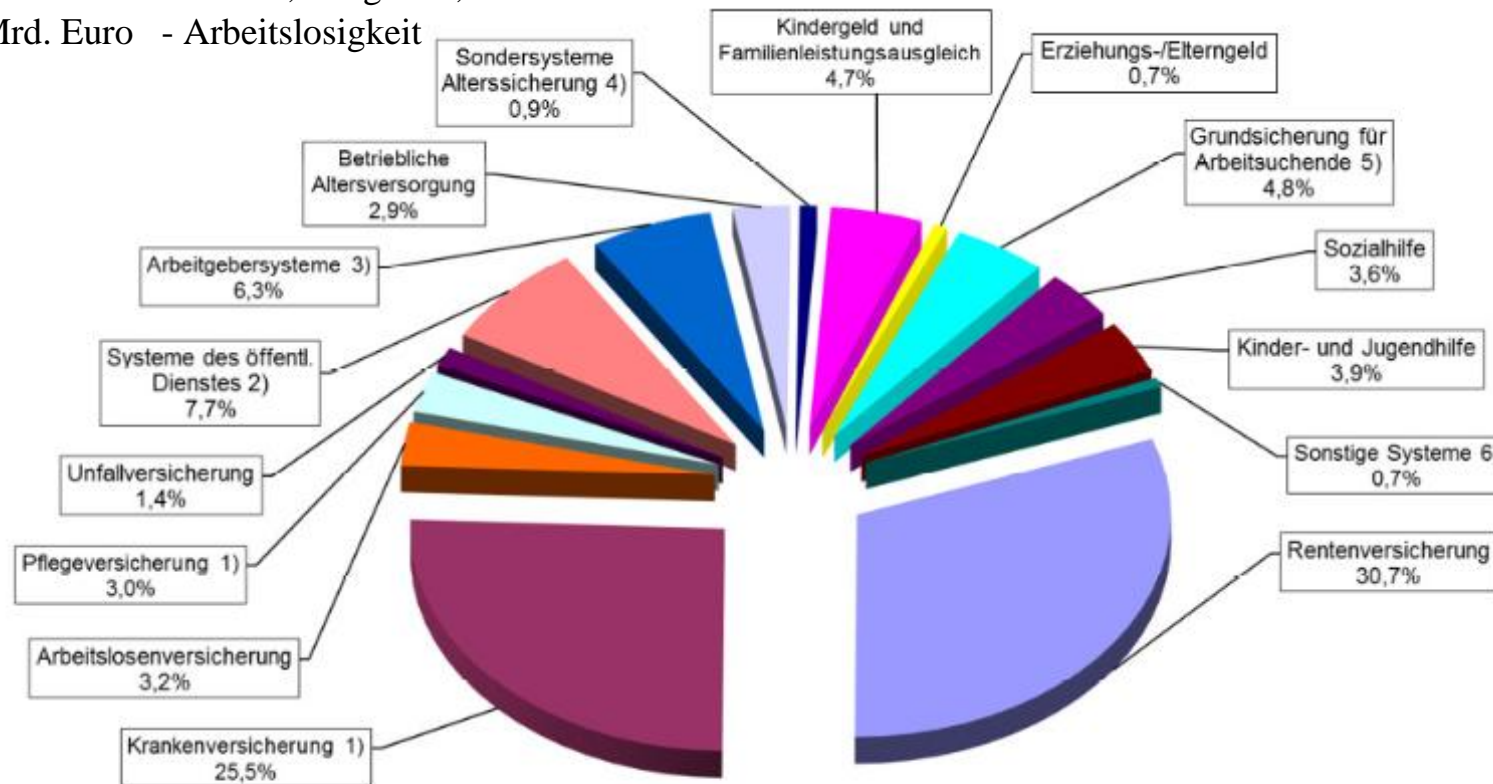




## Einkommen durch soziale Transferleistungen

Sozialleistungen (2014) insgesamt<sup>1</sup>: 849,2 Mrd. Euro  
 349,4 Mrd. Euro - Krankheit und Invalidität  
 317,5 Mrd. Euro - Alter und Hinterbliebene  
 90,9 Mrd. Euro - Kinder, Ehegatten, Mutterschaft  
 31,9 Mrd. Euro - Arbeitslosigkeit

<sup>1</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2014. Sozialbudget 2014. [www.bmas.de](http://www.bmas.de)



1) Gesetzlich und privat  
 2) Pensionen, Familienzuschläge, Beihilfen  
 3) Entgeltfortzahlung, Zusatzversorgung des öffentl. Dienstes u.a.m.  
 4) Alterssicherung der Landwirte, Versorgungsrente  
 5) einschließlich sonstiger Arbeitsförderung  
 6) Ausbildungs- und Aufstiegsförderung, Wohngeld und Entschädigungssysteme

## Fazit

Arbeit und Einkommen sind nicht dasselbe.

### Jeder Mensch braucht ein Einkommen!

Vollkommen mühelos kommen Manche zu Einkommen, während Andere trotz größter Mühen in endloser Not verelenden. Das ist ungerecht und erzeugt große soziale Spannungen.

Völlig sinnfreie, teils sogar das Gemeinwohl schädigende Tätigkeiten werden oft hoch „entlohnt“, während existenziell wichtige Arbeiten zum Wohle Aller als selbstverständlich und niederwertig betrachtet und entsprechend miserabel bezahlt sind.

Ein lebensstaugliches Einkommen durch Arbeit zu erwerben ist ein Idealfall, welcher immer seltener wird.

### Arbeit gibt es mehr als genug, für Einkommen gilt das nicht!



## Berüchtigte Zitate unserer Volksvertreter



*„Mehr Eigenverantwortung des Einzelnen, weniger soziale Hängematte!“*

Wolfgang Schäuble, 1994 als Fraktionsvorsitzender der CDU.



*„Es gibt kein Recht auf Faulheit.“*

Gerhard Schröder, 2006 als Bundeskanzler.



*„Wer nicht arbeitet, braucht auch nichts essen!“*

Franz Müntefering, SPD, 2006 als Arbeitsminister.



*„Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.“*

Guido Westerwelle, FDP, 2010 als Vizekanzler.



*„Es wäre nicht klug, Hartz 4 zu erhöhen.“*

Ursula von der Leyen, CDU, 2013 als Arbeitsministerin.



*„Hartz 4 für Kraftwerke: Nicht arbeiten, aber Geld kriegen.“*

Sigmar Gabriel, SPD, 2014 als Vizekanzler

## Wir wollen Volksvertreter mit sozialem Anstand



Der Deutsche Bundestag: hier werden alle Gesetze von unseren gewählten „Volksvertretern“ diskutiert und beschlossen.

Seit 2015 bekommen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages pro Monat<sup>1</sup>

**9082 € (Diät) + 4267 € (Kostenpauschale)** + weitere diverse Annehmlichkeiten.

**Seit 2008 haben sich unsere Abgeordneten also eine Anhebung ihrer Sätze von etwa 4 Prozent pro Jahr genehmigt – während die Armutsquote im Land immer weiter stieg.**

Zudem gibt es viele Abgeordnete mit beträchtlichen „Nebeneinkünften“, die erst seit wenigen Jahren in Ansätzen offengelegt werden müssen. Für Schlagzeilen sorgten etwa schon Peter Gauweiler (CDU/CSU), der über 500.000 € Nebeneinkünfte angab. Oder Peer Steinbrück (SPD), der mit Vortrags-Honoraren sogar zum Millionär wurde.<sup>2</sup>

Man darf berechnete Zweifel haben, wem die Loyalität solcher Abgeordneten gehört.

<sup>1</sup> Wikipedia-Artikel „Abgeordnetenentschädigung“, Version vom 11.12.2015

<sup>2</sup> [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de)

Durch Steuern finanziert (= in der „sozialen Hängematte“ liegend) sind auch

- Kindergärten und Erzieher
- Schulen und Lehrer
- Universitäten und Dozenten, Wissenschaftler
- Krankenhäuser und Ärzte
- Feuerwehr, Katastrophenschutz etc.
- Polizei und Gerichte
- öffentliche Ämter und Behörden
- Bundeswehr
- Hartz 4 – Empfänger
- **Politiker**



### Konsequenz

Die „soziale Hängematte“ ist ein äußerst abwertender Begriff für all die Strukturen, die ein soziales und menschenwürdiges Zusammenleben aller Menschen in einem Land ermöglichen. Auch der Alten, Kranken, Kinder, und erfolglos Arbeit Suchenden. Soziales ist nicht wirtschaftlich, aber menschlich.

→ Politiker, die so oder ähnlich reden, entlarven sich damit sofort als asozial !

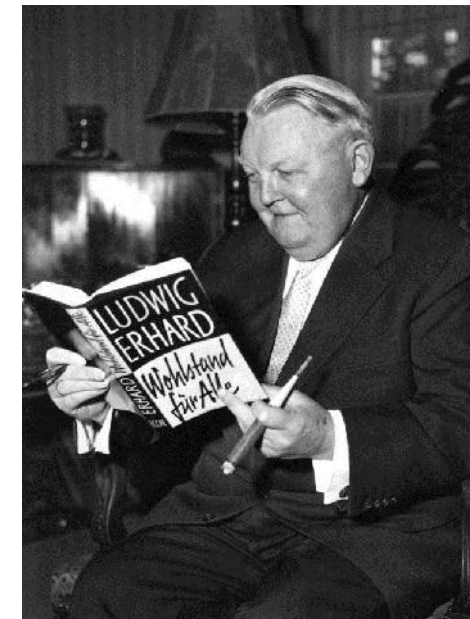
## Viele Verlierer, wenige Gewinner

Unsere auf Unternehmertum und Konkurrenz basierende Wirtschaftsform erzwingt den umfassenden Einsatz von Rationalisierung und Maschinen, um dieselben Leistungen günstiger anbieten zu können. Dadurch wird einstige Erwerbsarbeit zunehmend und unvermeidlich durch Maschinenkraft ersetzt.

Logischerweise werden so immer mehr Menschen arm, da sie keine Erwerbsarbeit mehr finden. Gleichzeitig konzentriert sich das Geld bei den erfolgreichen Unternehmern, welche von der wachsenden Maschinenkraft profitieren. Auf diese Weise entstehen viele Verlierer und wenige „Gewinner“.

Verschärft wird die Situation dadurch, dass fast alle Zeitungen, Fernsehsender, Radiosender, Online-Nachrichten-Portale, und Nachrichtenagenturen solchen „Gewinnern“ gehören und von ihnen gelenkt werden. Und natürlich nutzen sie auch ihre Medienmacht, um die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu formen. Dort werden Kriege in weiter Ferne propagiert, an denen sie (durch Waffen- und Munitionsverkäufe, Rohstoffgewinnung, Wiederaufbau etc.) verdienen können. Das unvermeidliche Heer der „Verlierer“ wird als Schmarotzer-Schar dargestellt, die an ihrem Elend selbst schuld ist und zudem die (noch) schwer Arbeitenden dreist belastet. Durch die steigende Verzweiflung der Verlierer kann so deren Arbeitskraft noch billiger ausgenutzt werden, und noch mehr Verlierer entstehen... Die Medien werden als Massen-Narkotikum mit einer Flut von oberflächlichen und sinnlosen Informationen eingesetzt, um die Zustände zu verschleiern.

Das kann nicht richtig sein! Und es muss nicht so bleiben.



## Der alte Traum ist möglich

Nicht jeder kann erfolgreich selbstständig sein. Und nur die allerwenigsten können wie früher für das eigene Einkommen und Überleben sorgen, indem sie ihr eigenes Land bewirtschaften.

Das Mantra „Sozial ist, was Arbeit schafft“ ist zynischer Unsinn und verdreht absichtlich die Tatsache, dass zum Leben ein tragfähiges Einkommen benötigt wird. Vollbeschäftigung ist seit Jahrzehnten nicht erreicht, die Tragfähigkeit der Erwerbseinkommen sinkt. Sozial ist, was Einkommen schafft!

→ Notwendig ist eine faire Umverteilung des verfügbaren Reichtums zum Wohle Aller. Es ist mehr als genug für alle da!

**Eine realistische Lösung ist das  
Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) !**



## Notwendige Kriterien für ein BGE

Es gibt bereits eine Vielfalt von angedachten Modellen<sup>1,2</sup>. Aber nicht alle erfüllen gleichermaßen die notwendigen Kriterien einer echten Lösung!

- 1. Das Grundeinkommen ist individuell.** Egal ob Single, verheiratet, getrennt lebend, geschieden, Kinder oder nicht, arm oder reich, alt oder jung, gesund oder krank: Jede und jeder Einzelne bekommt das BGE.
- 2. Das BGE wird ohne Bedarfsprüfung und Gegenleistung gewährt.**
- 3. Es gibt einen individuellen Rechtsanspruch auf das BGE, der einklagbar ist.**
- 4. Die Höhe des BGE sichert die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe.**

Ein durchgerechnetes Modell zur Finanzierung eines Existenz und Teilhabe sichernden Grundeinkommens für alle Bürger bietet die BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE, die für Erwachsene z. Zt. 1.080,- Euro monatlich vorsieht. Kinder und Migranten (bis zur Einbürgerung bzw. Ausweisung) sollen die Hälfte dieses Betrages erhalten.

1 Ronald Blaschke, Juni 2012; [www.grundeinkommen.de/die-idee/finanzierungsmodelle](http://www.grundeinkommen.de/die-idee/finanzierungsmodelle)

2 Dorothee Spannagel. Das bedingungslose Grundeinkommen: Chancen und Risiken einer Entkopplung von Einkommen und Arbeit. WSI-Report 24, Mai 2015. Zu finden unter [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)



## Geschätzte Kosten des BGE

Ist ein Bedingungsloses Grundeinkommen für Alle überhaupt bezahlbar? Das ist die Frage, deren Antwort darüber entscheidet, ob das BGE sozialutopisches Wunschdenken oder reale Lösung ist.

Pro Person 1.000 €/Monat ergeben 12.000 €/Jahr. Bei 80 Millionen Einwohnern wären das 960 Milliarden €. Für Einwohner bis 16 Jahre gilt der halbe Betrag, das reduziert die Kosten. Wünschenswert wären aber etwas mehr als 1.000 €/Monat. D.h. **Ungefähr lägen die Kosten bei 1.000 Milliarden Euro.**

Eine detailliertere Abschätzung dazu<sup>1</sup> kommt bei 1.080 €/Monat auf 985 Milliarden Euro/Jahr.

Zum Vergleich: die heutigen Sozialausgaben<sup>2</sup> liegen bereits bei 850 Milliarden Euro. Darunter fallen Kindergeld, Elterngeld, Arbeitslosengeld, Hartz 4, Grundsicherungen, Sozialhilfe, Invalidenrenten, BAFöG, Wohngeld – aber auch die großen Posten von Altersrente und medizinischer Versorgung.

Ein BGE würde einige dieser Sozialleistungen glatt ersetzen. Andere, wie die Altersrente und medizinische Versorgung, könnten höchstens langfristig und anteilig mit dem BGE verrechnet werden. Außerdem muss es auch weiterhin einen Spielraum für erhöhten Unterstützungsbedarf geben.

Um ein BGE in der angestrebten Höhe zu realisieren, wären – grob geschätzt – noch 600-700 Milliarden Euro pro Jahr nötig, die in den BGE-Topf fließen müssten. Genug Geld ist jedenfalls da. Um das zu erreichen, braucht es aber die Grundsatzentscheidung, jene stärker in die soziale Verantwortung zu nehmen, die es leisten können und sollten. Dazu braucht es den Willen der Politik, dazu den Nachdruck der Bevölkerung.

1 Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen (Die Linke). Vollständig überarbeitete Auflage mit neuem Konzept. Mai 2014, Broschüre mit 68 Seiten. Zu finden unter [www.die-linke-grundeinkommen.de](http://www.die-linke-grundeinkommen.de)

2 Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2014. Sozialbudget 2014. 35 S. Zu finden unter [www.bmas.de](http://www.bmas.de)

## Dabei gewinnen Alle – Was ein BGE bewirken würde

- 1. Überwindung der Armut.** Keine 12,5 Millionen von Armut Betroffene in Deutschland mehr, keine Obdachlosen mehr, keine Bettler mehr, keine „working poor“ mehr, keine Flaschensammler mehr, keine Hartz 4-Toten mehr, keine Tafeln mit Lebensmittel-Almosen mehr, keine systematische Verelendung mehr.
- 2. Anstieg der Kaufkraft.** Statt einer steigenden Zahl von Menschen, die schon alles haben oder solchen, die sich nichts leisten können, gäbe es eine wesentlich größere Menge von Menschen, die konsumieren. Ein Segen für die Wirtschaft.
- 3. Abbau sozialer Spannungen.** Je höher ein Einkommen über dem Durchschnitt liegt, desto höher die soziale Verantwortung, denn der Reichtum der einen ist die Armut der anderen. Reiche wären hoch geachtet, wenn sie aus freien Stücken einen höheren Beitrag zum Gemeinwohl leisteten.
- 4. Förderung gemeinnütziger Tätigkeit.** Jedes Engagement für Naturschutz, Umwelt, politische Veränderung, Brauchtum, Sozialwesen, Kinder- und Jugenderziehung etc. muss heute noch in der Freizeit erfolgen, weil der Einkommenserwerb an erster Stelle steht und solche Tätigkeiten fast immer unbezahlt sind.
- 5. Förderung der persönlichen Entwicklung.** Mehr Zeit und Mittel für Fortbildungen, Bücher, Reisen, persönliche Reifung. Eine Demokratie braucht mündige Bürger, die die Welt kennen und verstehen.
- 6. Reduzierung der Erpressbarkeit auf dem Arbeitsmarkt.** Anders als in der aktuellen Situation, in der finanzielle sowie behördliche Zwänge zur Annahme selbst unmoralischer und schlecht entlohnter Arbeit drängen, wird mit einem BGE die Freiheit möglich, Arbeiten abzulehnen.

## Oft genannte Vorbehalte

### **Es gibt doch schon ein bedarfsgerechtes und bewährtes Sozialsystem.**

Wer das glaubt, sollte unbedingt mit einem der 12,5 Millionen (!) Betroffenen von Hartz 4 sprechen. Einfach mal ein Jobcenter oder eine Tafel besuchen. → Gerade für den Grundbedarf gilt das eben nicht!

### **Das ist doch sowieso nicht finanzierbar.**

Doch, denn im Wesentlichen handelt es sich um eine Umverteilung von Geld, das entweder längst für soziale Zwecke ausgegeben wird, oder aus sozialer Verantwortung eingenommen gehört.

### **Das BGE ist eine gut gemeinte, aber naive Sozialutopie.**

Daran ist nichts naiv, denn es ist machbar, mehr denn je. Und die Bedürfnisse Vieler wiegen mehr als die Bedürfnisse Weniger. Klar ist aber auch, dass die Einführung eines BGE nur durch nachdrückliche Anstrengung der Vielen zustande kommen wird. Das BGE ist also eine realistische Utopie.

### **Arbeit muss sich lohnen!**

Völlig richtig. Ein Großteil wichtiger Arbeitsleistungen ist aber heute noch komplett unbezahlt. Das BGE würde diesen Missstand beseitigen.

### **Arbeit ist für Integration und Selbstwertgefühl eines Menschen wichtig!**

Das ist unbestritten. Noch wichtiger sind aber Einkommen und Wertschätzung für diese Arbeit.

## **BGE wäre ein Subventionsprojekt für Unternehmen.**

Ja, auch Unternehmen würden vom BGE entlastet. Das ist doch gut. Auch die Mitarbeiter würden motivierter sein, können sie ihre Arbeit ja nun freier wählen.

## **Das BGE macht den Staat zu stark gegenüber dem Markt**

Der Staat dient dem Gemeinwohl. Er soll deshalb auch kein Spielball von Konzern-Interessen (des Marktes) sein. Das BGE würde ihn stärken, ja.

## **Das BGE finanziert und honoriert Nichtstun.**

Das angebliche Nichtstun macht heute schon doppelt soviel Arbeit wie die Erwerbsarbeit, ist eben nur unbezahlt. Das BGE ermöglicht, sich solchen heute noch unbezahlten Tätigkeiten zu widmen bzw. in Ruhe eine sinnvolle Beschäftigung zu erschließen. Wenn das bei manch einem länger dauert, dann ist das eben so. Kinder, Rentner, Kranke sind derart radikal betrachtet auch Nichtstuer.

## **Mit BGE würde niemand mehr etwas Nützliches arbeiten.**

Das Gegenteil ist richtig. Mit BGE verschwindet der Zwang, sinnlose und unethische Tätigkeiten auszuüben, nur um ein Einkommen zu haben. Außerdem bleibt der Anreiz zur Erwerbsarbeit doch bestehen, um das Einkommen weiter zu erhöhen und sich mehr leisten zu können.

## **BGE würde noch mehr Ausländer anlocken.**

Das könnte passieren, ja. Aber eine Einbürgerung ist stets an Bedingungen geknüpft und nicht selbstverständlich. Erst die Einbürgerung würde den vollen Anspruch begründen.

## Fazit

In einigen Ländern gab bzw. gibt es ein regionales BGE (Brasilien, Indien, Namibia) oder bald ein nationales in Kenia. Doch auch auf der reichen Nordhalbkugel sind viele Bürger für ein BGE in ihrem Land (Finnland, Schweiz). So auch in Deutschland. Denn es würde die wachsende Not vieler Millionen Menschen nachhaltig bekämpfen und die Demokratie stärken.

Das BGE ist soziales Neuland, auch wenn jeder Einzelne bereits Erfahrungen damit gemacht hat! Denn als Kinder haben wir alle schon ein bedingungsloses Grundeinkommen genossen. Neben der als völlig selbstverständlich erachteten familiären Fürsorge ohne Gegenleistung gibt es auch ein staatliches Kindergeld. Das Kindergeld ist tatsächlich heute schon ein bedingungsloses Grundeinkommen – für Kinder.

Auch dass jene, die arbeiten, durch eine breite Palette von Sozialabgaben alle anderen mit tragen, die nicht arbeiten, ist doch längst eine akzeptierte und bewährte Lösung, die den Sozialstaat überhaupt erst ermöglicht.

**Dreißig Prozent des Volkseinkommens sind aktuell Vermögenseinkommen! Das bedeutet nichts anderes, als dass die Bezieher solchen Einkommens Andere für sich arbeiten lassen. Auch Vermögenseinkommen sind praktisch bedingungslose Grundeinkommen, nur sehr ungleich verteilt.**

**Und während sich die jährlichen Zahlungen von Arbeitslosengeld inclusive Hartz 4 auf lediglich 30 Milliarden Euro<sup>1</sup> belaufen, liegen die Vermögenseinkommen bei 720 Milliarden Euro!<sup>2</sup>**

**Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ist angesichts solcher Zahlen logisch, fair, und machbar.**

<sup>1</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2014. Sozialbudget 2014. 35 Seiten. [www.bmas.de](http://www.bmas.de)

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt, 2016. Bruttoinlandsprodukt 2015 für Deutschland. 51 Seiten. [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## Faire Beteiligung hoher Einkommen

Spitzeneinkommen sind zu einem Großteil leistungslos. Und es geht hier nicht um Neid, sondern um Anstand!

Ob Profi-Fußballer oder Top-Manager: die enormen Summen, die bei Spitzengehältern fließen, müssen von anderen erarbeitet werden. Zum Beispiel ein nicht unübliches Spitzen-Gehalt von 1,2 Millionen Euro pro Jahr bedeutet für 100 Menschen den Verzicht auf 1.000 Euro pro Monat!

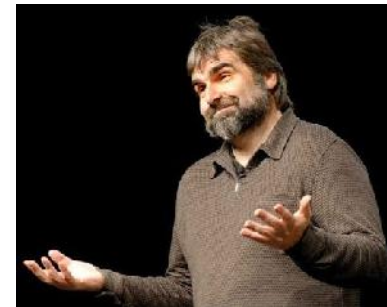
Wer mehr bekommt, kann einen größeren Teil abgeben – und behält trotzdem mehr! Das ist die Idee hinter der „progressiven Einkommensteuer“, also dem steigenden Steuersatz, je höher das Einkommen ist. Der Spitzensteuersatz in Deutschland wird auf alle Jahres-Einkommen über 250.000 € angewendet und ist mit 45% bzw. 42% (Hintertür bei Vermögenseinkommen) historisch niedrig.



Paul Krugmann, Nobel-Preis-Träger für Wirtschafts-Wissenschaften, schwärmt von den 1950er Jahren [in Amerika]: „*Damals betrug der Spitzensteuersatz 91 % und die Gewerkschaften waren viel mächtiger als heute. Das können wir wieder so machen. Die Reichen müssten wieder ihren fairen Anteil beisteuern und die Arbeiter anständige Löhne bekommen.*“<sup>1</sup>

Volker Pispers, deutscher Kabarettist:

„*Der Spitzensteuersatz ist zu hoch! Leiden Sie da auch so drunter?*“



## Faire Beteiligung Vermögender

Die Vermögen Vermögender sind in der Regel durch leistungslose Vermögenseinkommen umso mehr gestiegen, je höher ihre Vermögen ohnehin schon waren. Eine Gesundschumpfung hin zu einer faireren Verteilung ist überfällig. Schließlich wurden diese Vermögen durch anderer Leute Arbeit angehäuft. Und der Reichtum der Einen ist die Armut der Anderen. Vermögen bedeutet soziale Verantwortung.

**Hans Böckler  
Stiftung** 

Die wissensch. Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, Fr. Prof. Brigitte Unger, weist auf die zu geringe Belastung der Vermögenden hin - und macht konkrete Vorschläge samt Schätzungen, welche Verbesserungen dadurch zu erwarten wären.<sup>1</sup>

*„Ein Schlüssel für eine verstärkte Umverteilung von oben nach unten und damit für mehr soziale Gerechtigkeit ist... die **Wiedereinführung der Vermögenssteuer**. **Private Vermögen werden derzeit gar nicht besteuert**, sondern nur Kapitalerträge. Hier beträgt der Steuersatz pauschal 25% - die Umverteilungswirkung dieser Abgeltungssteuer ist marginal. Ein weiterer zentraler Punkt: **in Deutschland werden in den nächsten Jahren exorbitante Summen vererbt**. **Bislang gilt dabei: wer hat, dem wird gegeben**. Wenn die **Erbschaftssteuer** nicht angehoben und vor allem deutlich progressiver gestaltet wird, wird mit den Vermögen aber auch ein hohes Maß an sozialer Ungleichheit vererbt und damit über Generationen hinweg verfestigt. Insgesamt gilt: **Die Begrenzung der Ungleichheit muss durchaus am unteren Ende des Einkommensreichtums ansetzen, von zentraler Bedeutung ist aber der verteilungspolitische Spielraum bei den Superreichen.**“<sup>1</sup>*

<sup>1</sup> Brigitte Unger, 2015. Sieben Vorschläge für eine Stärkung vermögensbezogener Steuern in Deutschland. WSI-Report 13, Januar 2014. 23 Seiten. Zu finden unter [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

## Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung

Immer wieder fliegen Steuersünder auf und geben eine vage Ahnung, welche enorme Summen dem Gemeinwohl verloren gehen durch das verbreitete Davonstehlen aus der sozialen Verantwortung.

*„Durch kriminelle Steuerhinterziehung gehen dem deutschen Staat jährlich etwa 50-60 Milliarden Euro verloren.“*

Artikel „Im Land der Trickser“ vom 8. März 2014 auf [www.taz.de](http://www.taz.de)

Neben der strafbaren Steuerhinterziehung gibt es zudem noch die Steuervermeidung. Die Gründung von Briefkastenfirmen, um Firmengewinne in Steueroasen versteuern zu können, weil der Firmensitz ja angeblich dort ist, ist nur eine der bekannteren Methoden, um Steuern zu sparen. Es gibt ein Heer von „Steuerberatern“, die dabei helfen, passende Lücken im Steuerrechts-Dschungel zu finden und auszunutzen. Obwohl im strengen Sinn legal, agieren Steuervermeider ganz bewusst im Graubereich zur Strafbarkeit.

*„Schätzungen zufolge entgehen der EU jährlich 1 Billion Euro an Steuern. Auf Deutschland entfallen dabei circa 160 Milliarden Euro.“*

Aus einem Interview mit dem NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans über Steuervermeidung auf Deutschlandfunk zum Thema „Luxemburg Leaks“ vom 7.11.2014, [www.dlf.de](http://www.dlf.de)



## Finanztransaktionssteuer – Steuer gegen Armut

Laut dem Bundesverband Deutscher Banken<sup>1</sup> wurden 2014 unglaubliche 56,8 Billionen Euro bargeldlos bewegt, im Schnitt etwa 3.150 € Überweisung und das um die 225 Male pro Einwohner pro Jahr. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, dass diese exorbitanten Summen durch bloße Geldgeschäfte zur persönlichen Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit entstehen.

Seit vielen Jahren setzt sich ATTAC (Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens) für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und anderer Umverteilungsansätze ein. Am besten natürlich weltweit. Mehr dazu siehe [www.attac.de](http://www.attac.de)

Angedacht ist z.B. eine Abgabe von 0,1% auf alle bargeldlosen Zahlungen, d.h. von 1.000 € würde 1 € abgeführt werden, am besten zweckgebunden. Bei obigen Zahlen wären das also Einnahmen von 56,8 Milliarden. Wobei verschiedene und differenzierte Besteuerungen Teil einer laufenden Diskussion sind. Vor allem auf das Zocken mit Millionenbeträgen gäbe es hemmende Wirkung, sinnvolle Zahlungen würden nur minimal eingeschränkt.



Eine neuere Initiative zu diesem Thema mit einem schönen Erklärvideo, vielen Unterstützern und ersten Erfolgsmeldungen findet sich auch unter : [www.steuer-gegen-armut.org](http://www.steuer-gegen-armut.org)

## BGE-Abgabe auf alle Einkommen

Mit den bisher erwähnten Instrumenten ließe sich der Finanzierungsbedarf für das bedingungslose Grundeinkommen erheblich senken, theoretisch sogar auf Null. Natürlich werden diese Mehreinnahmen nicht über Nacht entstehen, deshalb gibt es zur Realisierung des BGE zunächst ein Hauptinstrument:

Die BGE-Umlage auf alle Einkommen.

Darauf basiert auch das Konzept der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei „DIE LINKE“<sup>1</sup>.

Auch mit dem BGE gibt es ja weiterhin einen Anreiz, sich zusätzlich ein Erwerbseinkommen zu verdienen.

Auf alle Einkommen oberhalb des BGE wird nun eine prozentuale Abgabe erhoben, die zweckgebunden zur Finanzierung des BGE verwendet wird. Daraus ergibt sich, dass es ein Grenzeinkommen gibt, unterhalb dessen man dank BGE trotz der BGE-Abgabe mehr hat. Und oberhalb dessen man effektiv abgeben muss, also weniger hätte als heute. In dem Konzept der BAG Grundeinkommen liegt das Grenzeinkommen bei 7.000 €brutto. Zur BGE-Finanzierung effektiv beitragen zu müssen ist damit ein Luxusproblem, das viele gern hätten.



1 Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen (Die Linke). Vollständig überarbeitete Auflage mit neuem Konzept. Mai 2014, Broschüre mit 68 Seiten. Zu finden unter [www.die-linke-grundeinkommen.de](http://www.die-linke-grundeinkommen.de)

## Initiativen in Deutschland

In Deutschland wird das Bedingungslose Grundeinkommen seit Jahren immer ernsthafter diskutiert. Mehrere Organisationen bemühen sich, das Thema voranzubringen, die wichtigsten darunter sind

**1. Netzwerk Grundeinkommen.** [www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de)

Gegründet 2004 als direkte Antwort auf die Hartz 4 – Gesetze, vereint das Netzwerk inzwischen über 4.000 Mitglieder, davon über 300 Organisationen, vorwiegend in Deutschland. Mit Vorträgen, Ausstellungen, Gesprächen mit Politikern, Newslettern, Diskussionsrunden u.v.a.m. versucht das Netzwerk, immer mehr Menschen zu erreichen und für die Idee zu begeistern.



**2. ATTAC-Arbeitsgruppe „Genug für Alle“.** [www.grundeinkommen-attac.de](http://www.grundeinkommen-attac.de)

Seit vielen Jahren setzt sich ATTAC (fr. Abkürzung für ‚Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen‘) für eine Umverteilung des Reichtums ein. Das Bedingungslose Grundeinkommen ist nur einer ihrer Ansatzpunkte und Aktionen. ATTAC ist ein globales Netzwerk mit über 29.000 Mitgliedern in Deutschland.



**3. BAG „Grundeinkommen“ der Partei „DIE LINKE“.** [www.die-linke-grundeinkommen.de](http://www.die-linke-grundeinkommen.de)

Diese Bundesarbeitsgruppe (BAG) gibt es seit 2005. Sie tritt für ein ‚emanzipatorisches Grundeinkommen‘ ein - das Modell, das auch in dieser Präsentation vorgestellt wurde. Die BAG versucht, die noch offenen Fragen des Modells zu beantworten und seine Einführung durch Aufnahme ins Parteiprogramm zu beschleunigen. Keine andere Partei zeigt solche ernsthaften Ambitionen.



Auf den Webseiten der genannten Vorkämpfer finden sich Links zu weiteren Initiativen. All diese Organisationen und Vereinigungen freuen sich über neue Mitstreiter und/oder finanzielle Unterstützung.

## Europäische Initiativen

Nicht nur in Deutschland regt sich der Unmut. Anderswo in Europa gibt es zum Beispiel

### 1. Das schweizerische Grundeinkommens-Netzwerk. [www.bien.ch](http://www.bien.ch)

Dort wurde 2014 eine Volksinitiative zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens gestartet. Mit 126.000 Unterschriften beim Eidgenössischen Parlament eingereicht, zielt es auf eine Änderung der Bundesverfassung ab, in der das einklagbare Recht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen verankert ist.

**Am 5. Juni 2016 stimmt die Schweiz als erstes Land der Welt über die Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens ab!** Siehe [www.grundeinkommen.ch](http://www.grundeinkommen.ch)

### 2. Europäische Bürgerinitiative Grundeinkommen. [www.ebi-grundeinkommen.de](http://www.ebi-grundeinkommen.de)

„Am 14. Januar 2013 hat die Europäische Kommission unsere ‚Europäische Bürgerinitiative zum BGE‘ akzeptiert.“ Der dadurch ermächtigte Versuch, innerhalb eines Jahres 1 Million Unterschriften in den 28 Mitgliedsstaaten der EU zu sammeln, ist zwar gescheitert, führte aber zu

### 3. Unconditional Basic Income Europe. [www.ubie.org](http://www.ubie.org)

Das europäische Grundeinkommens-Netzwerk setzt sich kontinuierlich und beharrlich für eine Verbreitung der Idee ein und verknüpft die Länder Europas mit dem Rest der Welt.



In fast allen Ländern Europas haben sich BGE-Bewegungen gebildet, die immer mehr Menschen faszinieren.

## Internationale Initiativen

Inzwischen gibt es in vielen Ländern auf dem Globus Initiativen, die sich für die Idee des Grundeinkommens und deren Verbreitung einsetzen. Die international wirkende Organisation ist das

### 1. **Basic Income Earth Network (BIEN).** [www.basicincome.org](http://www.basicincome.org)

Das ist das weltumspannende Netzwerk, welches seit 1983 die so simple wie bahnbrechende Idee verfolgt, durch ein Grundeinkommen in möglichst allen Ländern viele soziale Probleme der Welt zu lösen. BIEN fördert den globalen Austausch und Zusammenarbeit in den BGE-Bemühungen aller Länder, um auch weltweite Aufmerksamkeit auf diesen Lösungsansatz zu lenken und die Anstrengungen zu bündeln. Außerdem regt BIEN die Errichtung weiterer nationaler Netzwerke an. An BIEN sind (Stand 2014) zwei großregionale Grundeinkommens-Netzwerke angegliedert (Europa und Südafrika) sowie 23 nationale Netzwerke (Argentinien, Australien, Österreich, Belgien, Brasilien, Kanada, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Irland, Italien, Japan, Mexiko, Niederlande, Norwegen, Portugal, Slowenien, Südkorea, Spanien, Schweiz, Großbritannien, USA).



## Das Paradoxon der Demokratie<sup>1</sup>

**„Demokratie ist eine ‚notwendige‘ Illusion.“ Rainer Mausfeld**

*„...dem Namen nach eine Demokratie, in Wirklichkeit die Herrschaft des Ersten Mannes.“*  
Thukydides, um 400 v.u.Z.

*„The primary responsibility of a government is to protect the minority of the opulent against the majority.“*  
James Madison (4. Präsident der USA), Constitutional Convention 26. Juni 1787

→ Lösungsvorschlag: repräsentative Demokratie, durch die sich geeignete oligarchische Strukturen zur Sicherung der Eigeninteressen der „minority of the opulent“ etablieren lassen.

*„A democratic society, once established, destroys a free economy.“*  
Milton Friedman, 1990

*„Demokratie ist nur ‚zulässig‘, solange die Wirtschaft von demokratischen Entscheidungsprozessen verschont bleibt, d.h. solange die Demokratie keine ist. → Der Neoliberalismus ist erklärtermaßen weltweit der größte Feind von Demokratie“* Rainer Mausfeld

**„Die jeweils herrschenden Eliten bemühen sich, demokratische Strukturen in einer für die Bevölkerung möglichst unsichtbaren Weise zu erodieren.“ Rainer Mausfeld**

<sup>1</sup> Aus: „Warum die Lämmer schweigen“, 2015. Vortrag von Prof. Rainer Mausfeld (Uni Kiel) auf Youtube.

**„Sie kriegen in einer Demokratie keine Politik umgesetzt, von der 90% der Bevölkerung profitieren würden.“** Volker Pispers, deutscher Kabarettist

## Schwachstelle „Volksvertreter“

Jede und jeder der etwa 630 Bundestags-Abgeordneten verdient allein durch die Diäten und Spesen **rund 10.000 € pro Monat!** Schon damit gehören unsere Volksvertreter zum einkommensstärksten Zehntel der Bevölkerung. Die Forderung nach einer Umverteilung zugunsten der ärmsten neun Zehntel bedeutet für sie alle, dann weniger Geld zu bekommen.

Hinzu kommen bei vielen noch astronomisch hohe Vergütungen für Vorträge und Gastbeiträge, oder lukrative Posten in Aufsichtsräten etc. - was nichts anderes als **verschleierte Bestechung** ist.

Seit Jahren tobt außerdem ein erbitterter Kampf gegen die **Einflussnahme von Interessenvertretern** der Konzerne, die **direkt im Bundestag** bis vor kurzem nach Belieben ein- und ausgehen konnten. Deren unaufhörlicher Einflüsterung sind unsere Volksvertreter permanent ausgesetzt!

Wie man auf der Seite von Lobby Control [www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de) nachlesen kann, gab es bis vor kurzem Hausausweise für etwa 1.100 solcher Einschmeichler, die jahrelang unbemerkt ihr Unwesen trieben. Ein Filz von gegenseitiger Vorteilmahme. Erst auf den massiven Druck von Lobby Control und Abgeordnetenwatch bis hin zum Erwirken richterlicher Verfügungen gab der Bundestag schließlich 2015 die Liste der Lobbyisten mit Hausausweisen zähneknirschend frei. Einzusehen unter [www.abgeordnetenwatch.de/blog/lobbyliste](http://www.abgeordnetenwatch.de/blog/lobbyliste) Ziemlich erschreckend.

**Ohne ständigen Druck der Bevölkerung hinter sich und gegen die subtile Einflussnahme mächtiger Interessengruppen können unsere Volksvertreter also gar nicht geschlossen aktiv werden, um die Interessen der Mehrheit zu verfolgen!**

*„Es ist nicht Deine Schuld, dass die Welt ist, wie sie ist. Es ist nur Deine Schuld, wenn sie so bleibt.“ Die Ärzte*

## Unterstützung bestehender BGE-Vereinigungen

Die genannten Vereinigungen leben davon, dass sich neue Mitglieder anmelden und sich tatkräftig einbringen. Am besten langfristig, denn nichts ändert sich über Nacht. Jede Aktion dieser Gruppen kostet Mühe und Geld. Je mehr Menschen sich helfend und konstruktiv einbringen, desto besser.

## Abgeordnete vor Ort einbinden!

Gesetze werden von den ca. 630 Bundestagsabgeordneten diskutiert und beschlossen. → Rechtfertigung des zuständigen Abgeordneten einfordern, immer und immer wieder, das Gespräch suchen, mit BGE bekannt machen und die Idee **gut informiert** verfechten, bei Bedarf unterstützen.

Unter [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) oder [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) findet man schnell den Abgeordneten des eigenen Wahlkreises, per Suchmaschine findet man weitere Kontaktmöglichkeiten wie eigene Homepage, Facebook-Seite, Büro vor Ort, Emails, Telefonnummern.

**Bei 12,5 Millionen von Armut Betroffenen kommen auf jeden Abgeordneten fast 20.000 Bürger, die eine Forderung nach adäquater Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen persönlich einfordern sollten! Werden diese Forderungen ignoriert, gehört das mit der angemessenen Entrüstung fortwährend wirksam ins Rampenlicht von Lokalzeitungen, digitalen Medien und örtlichen Protesten gezogen, um Druck auszuüben!**



A woman with long hair, wearing sunglasses and a white top, is holding a large bouquet of white daisies. She is standing in a field of tall grass or flowers, with a warm, golden sunset in the background. The text is overlaid on the image.

NICHTS IST MÄCHTIGER  
ALS EINE IDEE,

DEREN ZEIT GEKOMMEN IST!

Autoren: Michael Conrath (Netzwerk Grundeinkommen), Gabriele Schmidt (Netzwerk Grundeinkommen)

Kontakt: [michael.conrath@hot-air-craft.de](mailto:michael.conrath@hot-air-craft.de), [schmidtga@gmx.de](mailto:schmidtga@gmx.de)

© Copyright Michael Conrath/Gabriele Schmidt. April 2016